

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Abdruck dieses Blattes ist ohne Genehmigung des Verlegers verboten. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Nachrichten über die Ereignisse in Wilsdruff und Umgegend ist dem Verfasser vorbehalten. Die Redaktion ist nicht für die Richtigkeit der Nachrichten über die Ereignisse in Wilsdruff und Umgegend verantwortlich.



Abdruck dieses Blattes ist ohne Genehmigung des Verlegers verboten. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Nachrichten über die Ereignisse in Wilsdruff und Umgegend ist dem Verfasser vorbehalten. Die Redaktion ist nicht für die Richtigkeit der Nachrichten über die Ereignisse in Wilsdruff und Umgegend verantwortlich.

Ersteht seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöhlitz, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 105

Sonnabend den 6. Mai 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Der 1. Nachtrag zur Satzung des Krankenhausesverbandes Wilsdruff, der im wesentlichen Bestimmungen über die Zusammenfassung und Befugnisse des Krankenhaustauschusses enthält, ist vom Ministerium des Innern genehmigt worden. Meissen, am 29. April 1922. V. W. 17 b Die Amtshauptmannschaft.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Lloyd George hat in Genua den deutschen Reichskanzler und den Außenminister zu einer Besprechung der politischen Lage zu sich gebeten.
- * Der französische Kabinettsrat beschloß, in der russischen Frage unbedingt mit Belgien den bisher vertretenen gemeinsamen Standpunkt beizubehalten. Barthou kehrt nach Genua zurück.
- * Der Reichsminister Dr. Gernig äußerte in einer Besprechung mit den Parteiführern die Hoffnung, daß es gelingen werde, eine internationale Anleihe im Höhebetrage von vier Milliarden aufzunehmen. Der Reichstag möge vorläufig nicht zusammentreten, solange die Konferenz von Genua noch tagt.
- * Die Berliner städtischen Arbeiter haben aus Anlaß der Zwischensache vor dem Reichsgericht einen 24-stündigen Proteststreik durchgeschickt.
- * Präsident Harding hat im amerikanischen Kabinett geberbt, Sowjetrußland anzuerkennen. Staatssekretär Hughes wehrt dagegen Widerstand.
- * Der Dollar notierte an der Donnerstagbörse in Berlin mit 285 bis 288.

Positive Arbeit.

Von der ersten zur zweiten Hälfte der Genueser Konferenz war die Aufmerksamkeit der Welt im großen und ganzen so gut wie ausschließlich auf die Verhandlungen der ersten sogenannten politischen Kommission gerichtet, in der die russische Frage nahezu allein behandelt wurde. Darüber hinaus hatte man noch allenfalls Sinn für die Vorkonferenzen der Tagung, für Protokolle, die auf den Verhandlungen und niederschrieben wurden, für allerhand Menschliches, alles Menschliche. Aber daneben liefen die Arbeiten der anderen Ausschüsse her, die in aller Gründlichkeit zu Ende geführt wurden, um jetzt von der Vollkonferenz in ihren Ergebnissen bekannt zu werden. Die Vollversammlung hat über die vorerwähnten Resolutionen eine mehr oder weniger wohlklingende Sauce ausgegossen und ist in voller Beisehung über das vollbrachte Werk wieder auseinander gegangen.

Doch in Wirklichkeit, was hat man zumeist gebracht? Nichts weiter als neue Resolutionen zu den unzulänglichen alten, die schon bei früheren Zusammenkünften gefaßt waren? Oder erhebt sich das Ergebnis von Genua vor den Schöpfern der Vorjahre noch durch etwas anderes als als dadurch, daß man altbekannte oder neue Wahrheiten in neue Formen umgibt? Der Verleihenrat behauptete, die Genueser Finanzverhandlungen seien, obwohl man sich in einigen Punkten an die Brüsseler Finanzbeschlüsse von 1920 habe erinnern müssen, doch mehr als eine bloße Wiederholung von Brüssel. Innerhalb von Genua wird man ihm darin nur bedingt zustimmen. Einmal wird über die Stabilisierung der Währung viel Schönes und Wahres gesagt. Sie ist das Hauptverdienst für den Wiederaufbau Europas, werde aber verhindert durch die unbegrenzte Vermehrung der Zahlungsmittel, und man müsse deshalb zunächst der Notenpresse Beschränkungen auferlegen. Also Herabsetzung der Staatsausgaben! Ist das die Lösung des Problems der Weltwirtschaft, das man sich als Ziel vorsetzt? Man will sich als Ziel vorsetzen, daß es aber im Augenblick unerreicht ist, muß auch die Finanzkommission offen zugeben. Deshalb will man auswärtige Anleihen als zeitweilige Ausnahmen zulassen. Vor allen Dingen aber müßten die Schwankungen in der Kaufkraft des Geldes verhindert werden. Aber wie? Darüber müßten die großen Zentralbanken sich schuldig werden, und zu diesem Zweck sollen sie bekanntlich von der Bank von England zu einer Sonderkonferenz zusammenberufen werden: unter Mitwirkung der Vereinten Staaten, da ohne diese keinerlei Sanierungspläne praktisch durchzuführen seien. Habe man erst die Währungsinstabilität, so ergäbe sich dann von selbst eine Lösung des Problems der Weltwirtschaft, und damit wiederum sei man einer Regelung der Kreditfrage nähergekommen. Ob diese Beschlüsse wirklich einen irgendwie praktisch zu nennenden Charakter aufweisen, kann dahinstehen. Eher darf man das von der geplanten Gründung der Zentralen Internationalen Korporation mit angelegentlich nationalen Gesellschaften gleicher Art behaupten, für die das nötige Kapital in Höhe von 20 Millionen Pfund Sterling aufgebracht werden soll. Man wird damit eine Art finanzielles Weltgericht erhalten, mit dem Unterleib, daß dieses politische Organ bis jetzt wenigstens nahezu ausschließlich unter französischen Rechtsvorzeichen gestanden hat, während die neue Zentralbank nach den Beschlüssen von Genua unter britischen Vorzeichen stehen soll. Die Väter dieser Beschlüsse verdienen nicht, daß diese nur zum Teil sofort durchgeführt werden können; sie glauben aber, mit ihrer Hilfe den finanziellen und wirtschaftlichen Verkehr zwischen

den Völkern der Welt, den freien Fluß des Kapitals, den Austausch der Güter erleichtern und fördern zu können. Nach den Reden, mit denen diese Vorschläge in der Vollkonferenz aufgenommen wurden, darf man nur auf eine sehr absehbare Begeisterung für dieses Ergebnis schließen. Reichlich Wasser in den Wein schüttete schon der französische Vertreter Ricard, indem er das Programm lebhaft als einen „Entwurf eines praktischen Studiums“ gelien ließ. Der Italiener ließ keinen Zweifel darüber, daß die Hauptarbeit auch für diese Finanzfrage auf politischem Gebiet zu leisten sei, und der Schweizer und der Holländer stimmten gleichfalls darin überein, daß vorher die Probleme politischer, sozialer und moralischer Natur zu lösen seien würden, ehe man zu einer befriedigenden Neugestaltung dieser großen Wirtschaftsaufgaben gelangen könne. Bundesrat Schulthess bezeichnete es sogar als notwendig, dem Problem der internationalen Verschuldung „entschlösse die Stirn zu bieten“, womit die leidige Reparationsfrage schon ziemlich deutlich getrefft war. Aber jedenfalls, mit der Gründung eines internationalen zentralen Bankinstituts wird wenigstens eine Reizquelle geschaffen, aus der, wenn die Dinge auf laufen, dem europäischen Wirtschaftsleben neues Blut zuströmen kann.

Tagt der Oberste Rat?

Barthou und Poincaré wieder einig.

Die Rede Barthous nach Paris, von der manche politischen Kreise den Rücktritt Barthous erwarteten, hat ganz im Gegenteil sehr rasch zu einer völligen Einigung zwischen Poincaré und seinem Genueser Vertreter geführt. Nur weiß man nicht recht, auf welcher Grundlage diese Einigung beruht. Die amtliche Meldung über den

Pariser Kabinettsrat,

an dem Barthou teilnahm, besagt nur, daß Herr Poincaré Herrn Barthou im Namen aller Minister „für das Talent und die Autorität“ danke, die er in Genua aufgebracht hat, um die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern und gleichzeitig die französischen Interessen zu verteidigen. Die französische Regierung hat daraufhin einmütig festgestellt, daß Frankreich nichts von Belgien trennt. Herr Barthou wird Freitag morgen die Rückreise nach Genua antreten.

Räheres über den Verlauf des Kabinettsrates ist noch nicht bekannt. Die Mitteilung über die Rückreise Barthous nach Genua wird aber allgemein dahin ausgelegt, daß nicht nur über den französisch-belgischen Zwischenfall und die Denkschrift für Rußland, sondern auch über die sonstigen schwebenden Fragen eine Übereinstimmung zwischen Poincaré und Barthou erzielt worden ist. Ungelöst bleibt vorläufig die wichtigste Frage, ob der Oberste Rat noch vor dem 31. Mai tagt.

Besprechung der Reparationsfrage

zusammzutreten wird. In dieser Angelegenheit, die von entscheidender Bedeutung dafür ist, ob der 31. Mai alles, was in Genua aufgebaut wurde, wieder einreißen soll, besteht ein diametraler Gegensatz zwischen Lloyd George und Poincaré. Die englische Pressestelle in Genua teilt ausdrücklich mit, daß Lloyd George darauf besteht, daß die Signaturmächte des Vertrages von Versailles sich in Genua und nicht anderswo vor dem 31. Mai treffen sollen. Dem gegenüber wird aus Paris berichtet, daß die französische Regierung beschloß, an der von Lloyd George gewünschten Tagung des Obersten Rates nicht teilzunehmen. Sie sieht auf dem Standpunkt, daß diese Frage die Reparationskommission angehe und daß die Wünsche über die vorgeschlagenen Fragen erst verhandelt werden könnten, nachdem diese Kommission am 31. Mai ein Bescheid Deutschlands festgestellt haben werde.

Russische Einwände gegen das Memorandum.

Das in seinen Hauptzügen bekannte Memorandum der Alliierten über die russische Frage, das den russischen Wünschen in einzelnen Punkten aber wenig entspricht, hat demgemäß bei der russischen Delegation Widerstand hervorgerufen. Eine Antwort der Russen ist noch nicht erfolgt, besonders da die französische Zustimmung zu dem Memorandum noch fehlt, aber gesprächsweise hat Tschitscherin schon auf die Hauptbedenken aufmerksam gemacht, welche sich bei den Russen gegen die alliierten Vorschläge erheben. Vor allem gilt das für die Punkte

Privateigentum und Anleihe.

Rußland könnte nicht eine Ausnahmevorschriftung zur Wiederherstellung der Konzeptionen eingehen. Es sei selbstverständlich, daß bei der Konzeptionserteilung in erster Linie die früheren Besitzer berücksichtigt werden müssen, weil in der Mehrzahl der Fälle kaum jemals ein anderer als dieser auftreten wird. Die Anleihefrage werde von den Alliierten nicht erst osama behandelt. In dem druck-

Artikel des Memorandums ist von ihr gar nicht die Rede. Die Russen haben in früheren Verhandlungen ihre Gegenrechnung auf 50 Milliarden Goldmark beziffert und sich bereit erklärt, diese Gegenrechnung gegen die Streichung der Kriegsanleihen fallen zu lassen und die Verzinsung der Kriegsschulden — allerdings nach einem längeren Moratorium — zuzusichern, wenn uns dafür eine ausreichende Anleihe bewilligt wird. Das geschieht in dem Memorandum nicht. Die Fonds für den Wiederaufbau, von denen in der Einleitung des Dokumentes die Rede ist, würden sich auf etwa 50 Millionen Pfund belaufen. Die Russen aber brauchen einen Kredit in der Höhe von 2 Milliarden Dollar, einen Kredit, der der Regierung, also von Staat zu Staat, gewährt wird. Trotz dieser Gegensätze glaubt man in Genua, daß die Russen ihre Antwort so eukritisch werden werden, daß die „Tür zum Verhandlungssaal“, die die Alliierten offen halten, nicht zugeschlagen wird.

Die Deutschen bei Lloyd George.

Niel Aufsehen hat es in Genua erregt, daß Lloyd George eine Einladung an Dr. Brüch und Dr. Rathenau geschickt hat, ihn zu einer politischen Besprechung in seiner Villa aufzusuchen. Man sieht dieser Unterredung große Bedeutung bei, da man glaubt, daß sie sich auf die allgemeine Wirtschaftslage und im Zusammenhang damit vielleicht auch auf die Schuldenfrage und auf die nächste Außenpolitik Deutschlands beziehen soll. Es scheint, daß die bisherige Ententepolitik an einem Wendepunkt angelangt sei, und daß Lloyd George sich daher über neue außenpolitische Möglichkeiten Englands gegenüber dem neugegründeten deutsch-russischen Wirtschaftsblock orientieren wolle. Natürlich müssen solche Genueser Vermutungen zunächst mit Vorsicht aufgenommen werden.

Die Nationalität der Nordfriesländer.

Option für Deutschland oder Dänemark.

(DA.) Bekanntlich haben nach dem Verfall der Verträge die Bewohner des abgetretenen nordfrieswiger Gebietes innerhalb zweier Jahre nach der Abtretung Zeit, für Deutschland oder für Dänemark zu optieren. Diese Zeit läuft am 14. Juni d. J. ab. Wer also für Dänemark optieren will — und das Recht dazu haben auch geborene Nordfriesländer, die in Deutschland wohnen, die sich aber die Rückkehr in die Heimat offen halten wollen —, hat dies bis zum 14. Juni durch Erklärung bei einem dänischen Kreisamtmann, bei dem Magistrat in Kopenhagen, bei einer dänischen Gesandtschaft oder bei einem dänischen Generalkonsulat schriftlich oder mündlich zu tun. Die rechtliche Wirkung der Optionserklärung tritt sofort ein, d. h. die dänische Staatsangehörigkeit wird sofort erworben. Besteht aber der in Deutschland wohnende Optant seinen Wohnsitz nicht innerhalb von zwölf Monaten, so wird die Option ungültig und er erwirbt die deutsche Reichsangehörigkeit zurück.

Die Frist zur Option für Deutschland ist bis zum 31. Dezember d. J. verlängert worden, da noch keine Ausführungsbestimmungen für die Option vorliegen. In Dänemark wohnende Militärschlichte, die für Deutschland optiert haben, sind 12 Monate lang von der Verpflichtung zum dänischen Militärdienst frei. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Staatsangehörigkeit einer Person entscheidet eine gemischte Kommission. Optionserklärungen können abgeben Männer, unverheiratete, verwitwete und geschiedene Frauen nach Vollendung des 18. Lebensjahres. Die Staatsangehörigkeit des verheirateten Mannes gilt auch für die Ehefrau und die noch nicht 18-jährigen ehelichen Kinder.

Proteststreik.

Unfreiwillige Kalfeder der Berliner.

a. Berlin, 4. Mai.

Ein großer Teil der Berliner Betriebe mußte heute wieder einmal feiern: die städtischen Arbeiter hatten es so bestimmt, und was die städtischen Arbeiter bestimmen, ist für Berlin schon längst Gesetz. Also bielt der elektrische Strom strengste Sonnagsruhe, also brannte in den Häusern das Gas nur mit unscheinbaren, schwachen Flämmchen oder auch gar nicht, und also verkehrte selbstverständlich in dem größten Teil der Reichshauptstadt keine Straßenbahn. Man ist das hier schon so gewöhnt, daß man sich kaum noch darüber sonderlich aufregt und das Unnormale mit Würde und Gelassenheit über sich ergehen läßt. Auf Namen und Art des Streiks kommt es dabei gar nicht an: Proteststreik, Abwehrstreik, Lohnstreik — es ist, wie man zu sagen pflegt, Jodel wie Jose. Nur der historischen Wahrheit zuliebe sei erwähnt, daß der Streik diesmal zur Abwechslung wieder unter dem Namen „Proteststreik“ zu verzeichnen ist.

Die städtischen Arbeiter haben, wie schon gemeldet, vornehmlich vor dem Rathaus, in dem die Väter der Stadt über

inen Schiedspruch in Lohnfragen berieten, in großen Scharen randalliert. Da die Massenunruhe einen bedrohlichen Charakter anzunehmen drohte, mußte die Schutzpolizei eingreifen, und es wurden ein paar Rammhauer verlegt und ein paar andere festgenommen, bald darauf aber, bis auf einen, der sich besonders wild gebärdete hatte, wieder freigelassen. Das alles ist von gewisser Seite in maßvoller Weise hart aufgefaßt worden — man sprach von Toten und Schwerverwundeten —, und die städtischen Arbeiter verlangten durch ihre Funktionäre, daß der Polizeipräsident gegen das „provokatorische Verhalten“ seiner Leute, soll heißen der Polizei, in schärfster Weise Stellung nehme. Und allbieweil und finstern er das nicht getan hat, müssen die Berliner zur Straße im Finstern sitzen, wenn sie nicht brauchen, zu Fuß laufen, wenn sie fahren möchten, und sich mit kalter Mähe begnügen, wenn sie Luft veratmen, etwas Warmes zu essen. Da aber ja auch die streifenden Arbeiter selbst zu den Berlinern gehören, kann man die ganze Aktion sozusagen als eine Art Selbstgeißelung bezeichnen. Es ist nur ein Glück, daß die Berliner Welt schon nach 24 Stunden wieder ins Lot kommt, denn die Herren dieser Welt hätten ebenso gut befehlen können, daß die Berliner für den Sturz ihres Polizeipräsidenten 24 Tage oder 24 Monate lang zu bestrafen seien.

Zuerst blieb es, daß die Kumpen der städtischen Arbeiter durch Extrararbeit der Technischen Nothilfe ausgefüllt werden sollte, aber es wurde nichts daraus. Man war offenbar der Meinung, daß sich eine solche Kraftanstrengung wegen der lumpigen 24 Stunden nicht erst lohne.

Unsere Saaten.

Starker Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschland. Der vergangene kalte Winter mit seinem Gefolge von ebenso unwirklichen sog. Frühlingstagen macht sich auf unseren Feldern natürlich recht deutlich bemerkbar. Wir haben lange nicht einen Winter seinesgleichen gehabt. Schon Anfang November trat nach mehrstägigen Regenfällen und Schneetreiben Frostwetter ein. Mit kurzer Unterbrechung dauerte das bis Mitte Dezember, vielfach sank das Thermometer auf 18 Grad Kälte. Dann folgte vierzehn Tage lang wärmeres, jedoch meist stürmisches und regnerisches Wetter, worauf eine zweite, ganz außerordentlich scharfe Frostzeit von sechs Wochen einsetzte. Wir hatten ganz allgemein über 20 Grad Kälte, im Osten bis zu 30 Grad. Die Schneedecke war im Osten ausreichend, im Westen dagegen reichte sie nicht aus. Die steigende Sonne schmolz sie am Tage weg, so daß die Saaten in den eisigen Nächten schulplos waren. Mitte Februar wurde es etwas wärmer und im März sogar schon sommerlich, kühlte aber dann wieder stark ab. Es gab noch einen unangenehm kalten Nachwinter, der auch den ganzen Aprilmonat über andauerte und wohl auch noch bis Mitte Mai dauern wird.

Die Niederschläge waren im allgemeinen reichlich, was nach der Dürre des vergangenen Sommers äußerst erwünscht war. Besonders in Süddeutschland, wo es so im Schwarzwald bis in den April hinein starke Schneefälle gab, ist man mit der Durchfeuchtung des Bodens zufrieden, während in Mitteldeutschland und Westdeutschland stellenweise noch mehr Schnee und Regen vertragen worden wäre. Der kalte Winter dürfte die im Vorjahre massenhaft aufgetretenen Feldmäuse stark vermindert haben, wenigstens sind die Klagen über diese Schädlinge ziemlich überall zurückgegangen. Ebenso dürften die Obstschädlinge etwas von der Kälte abbekommen haben. Dagegen wird in Westdeutschland schon über Krähenplage geklagt.

Leider hat der kalte Winter die Feldfrüchte stark mitgenommen. Norddeutschland hat mehr gelitten als Süddeutschland. In Bayern, Württemberg und Baden sind die Saaten gut durch den Winter gekommen, während aus Norddeutschland fast nur Klagen gehört werden. Die Auswinterung ist stark, besonders im Weizen. Roggen hat sich besser gehalten. Gerste, Acker, Raps weisen große Verluste

auf. Infolge der großen Trockenheit des Herbstes waren die Saaten erst wenig entwickelt und bestockt, als der frühe Winter eintrat. Auch die Kartoffeln in den Meiden und Kellern sind ziemlich erheblich von Frost beschädigt worden. Vieles sind sie trotz guter Eindeckung in den Meiden zum Teil von unten heraus erfroren, weil der Boden bis in einer Tiefe von anderthalb Metern Eis aufwies. Dieser Frostverlust an Speise- und Saatkartoffeln ist nun so fühlbarer, als der Ernteverlust beträchtlich nur mäßig war.

Die gute Durchfeuchtung des Erdbodens läßt für die neuen Saaten, besonders auch für die Kartoffeln, Gutes erhoffen. Die Frühjahrbestellung mit Getreide wurde infolge des schönen Wetters bereits im März begonnen, und in einigen Teilen Süddeutschlands gelang es sogar, sie in einem Zuge zu Ende zu führen. Meistens aber zwang der wieder eintretende starke Nachwinter zu einer Unterbrechung der Arbeit, bis das Wetter sich allmählich wieder erwärmte.

Steigerung des Bodenertrages.

Heranführung und Verteilung künstlicher Düngemittel. Die geforderte und notwendige Erzeugungsteigerung unserer Landwirtschaft ist fast lediglich eine Frage zur Erhöhung der pflanzlichen Produktion. Diese Erhöhung kann nicht nur die Einfuhr von vegetabilischen Lebensmitteln vermindern, sondern auch durch vermehrte Erzeugung von Futter zu einer Vermehrung und Verbilligung der tierischen Erzeugung führen.

Die pflanzliche Produktion läßt sich aber nur erhöhen, wenn den Pflanzen genügend Nährstoff zur Verfügung gestellt wird. Drei Nährstoffe sind es vor allem, die dem Boden in Form künstlicher Düngemittel zugeführt werden müssen: Stickstoff, Phosphorsäure und Kali. Diese Nährstoffe können sich bei der Ernährung der Pflanze nicht gegenseitig vertreten; es richtet sich vielmehr die Größe der Erzeugung nach derjenigen Produktionsbedingung, die im geringsten Maße vorhanden ist. Man nennt dies das Gesetz vom Minimum. Erhält beispielsweise eine Pflanze nicht genügend Phosphorsäure, so kann durch eine erhöhte Gabe von Stickstoff- oder Kalidünger die Produktionsmenge nicht vermehrt werden.

Vor dem Kriege wurden die Stickstoffdünger zu Hälfte aus dem Auslande bezogen; auch der überwiegende Teil der Phosphorsäuredünger wurde eingeführt. Nur die Kalidünger wurden restlos im Inlande gewonnen. Jetzt ist Deutschland durch die gewaltigen Stickstofffabriken, die während des Krieges insbesondere für die Munitionsherstellung errichtet wurden, bezüglich der Versorgung mit Stickstoffdüngemitteln vom Auslande unabhängig geworden; auch beim Kali kann die benötigte Menge weitem im Inlande gewonnen werden. Anders bei der Phosphorsäure, wo die heimische Produktion völlig unzureichend ist und auch nicht gesteigert werden kann. Der Einfuhr von Kalkphosphaten aus dem Auslande, die im Inlande dann zu Düngemitteln, nämlich zu Superphosphaten, verarbeitet werden, stehen aber die beträchtlichen Schwierigkeiten infolge der traurigen Finanzlage Deutschlands entgegen. Vor dem Kriege betrug der Wert der Mehreinfuhr von Kalkphosphaten 45 Millionen Mark, was bei dem jetzigen Kursstande der Mark — den Dollar zu 20 Mark gerechnet — 2,7 Milliarden Mark entspricht. Deutschland muß sich daher nothgedrungen in den nächsten Jahren bei den Kalkphosphaten mit einer bedeutend kleineren Einfuhr als vor dem Kriege begnügen.

Es ist nun die Frage, ob durch die Beschränkung in der Phosphorsäureerzeugung die Produktionssteigerung der Landwirtschaft gefährdet wird. Nach einem Vorschlag, den der Staatssekretär Hamn des Preussischen Landwirtschaftsministeriums schon vor einiger Zeit gemacht hat, muß gegenüber der Vorkriegszeit in den nächsten Jahren folgender Verbrauch von Düngemitteln, in reinen Nährstoffen gerechnet, erreicht werden: 1913 verbrauchten wir 195 000 Tonnen Stickstoff, 667 000 Tonnen Phosphorsäure, 536 000 Tonnen Kali. In Zukunft wären jährlich nebenbei

520 000 Tonnen Stickstoff, 300 000 Tonnen Phosphorsäure, 1 Million Tonnen Kali.

Scheint nun aber diese Vernachlässigung der Phosphorsäureerzeugung, wie sie hier zum Ausdruck kommt, nicht im Widerspruch zum Gesetz vom Minimum zu stehen? Die Antwort hierauf findet man in dem völlig verschiedenartigen Verhalten der einzelnen Düngemittel im Boden. Der Stickstoff wird vom Boden so gut wie gar nicht festgehalten; die Stickstoffmengen, welche die Pflanze nicht verbraucht hat, gehen verloren, da sie ausgewaschen werden oder sich in die Luft verflüchtigen. Das Kali wird schon weit besser festgehalten; ein Entweichen in die Luft findet gar nicht statt, und auch die Auswaschungsgefahr ist bei weitem nicht so groß wie beim Stickstoff. Die Phosphorsäure schließlich ist im Boden äußerst schwer beweglich. Daher sind die überaus reichlichen Phosphorsäureerzeugnisse der Vorkriegszeit, die bei dem früher verhältnismäßig niedrigen Preis der Phosphorsäure allerorten gegeben wurden, zum Teil noch im Boden vorhanden.

Heute kommt es also darauf an, den noch im Boden ruhenden Reichtum an Phosphorsäure der Pflanzenproduktion wieder dienlich zu machen. Dem stehen aber größere Schwierigkeiten entgegen, als die Phosphorsäure im Boden im Laufe der Zeit in eine schwer lösliche Form übergegangen ist. Erfreulicherweise sind gerade in der letzten Zeit durch Untersuchungen die Erkenntnisse von der Phosphorsäureerhaltung der Pflanzen bedeutend erweitert worden. Durch sachwissenschaftliche Aufklärungsarbeiten wurde der Weg gewiesen, wie jene Erkenntnisse zu verwerten sind. Danach bleibt eine starke Anwendung von Stickstoff und Kali die Möglichkeit zur Mobilisierung der Phosphorsäure, wenn gleichzeitig auch die ganze Betriebsorganisation auf die starke Stickstoff-Kalidüngung eingestellt wird.

Das Düngungsproblem der deutschen Landwirtschaft in der nächsten Zeit ist also: mögliche Ausdehnung der Stickstoff- und Kalidüngung; Einschränkung der Phosphorsäureerzeugung, soweit es der Phosphorsäureerreichung im Boden zuläßt. In späteren Jahren wird dann allerdings die Einfuhr von Kalkphosphaten wieder aufgenommen werden müssen.

Nah und Fern.

Albert Moll's 60. Geburtstag. Der weitbekannte Berliner Neurologe Dr. Albert Moll, eine Autorität auf dem Gebiete des Epilepsie, der spirituellen Forschungen und der Sexualwissenschaft, vollendete am 4. Mai sein 60. Lebensjahr. Bei besprochen wurde, wie man sich erinnern dürfte, Moll's Sachverständigen Gutachten in dem Prozeß des Mordmörders Peter Gruppen.

Keine Industrienausstellung in Moskau. Die das Ausstellungs- und Messenamt der Deutschen Industrie leitete, entbehrt der in zahlreichen Blättern mitgeteilte Plan einer im Sommer d. J. in Moskau abzuhaltenden Industrienausstellung jeder Grundlage. Das Ausstellungs- und Messenamt steht dauernd mit der wissenschaftlich-technischen Abteilung des russischen Volkswirtschaftsrates in Berlin in Verbindung und würde, falls sich irgendwelche Aussichten für das Zustandekommen einer solchen Ausstellung ergeben sollten, sofort Mitteilung davon machen.

Raucherrinnen im Theater. Im Nationaltheater in München kam es bei einer Aufführung der „Götterdämmerung“ zu einem großen Skandal. Eine junge Dame hatte sich während des ersten Aktes eine Zigarette angezündet und zu rauchen begonnen. Auf den Protest der Umstehenden mußte die Heldin das Theater verlassen. Bei Beginn des zweiten Aktes ertönte plötzlich der Ruf: „Schierbergeloch hinaus!“ In demselben Augenblick wurden vier Raucherrinnen, die in einer Prozentsumme saßen, von der Polizei hinausgeworfen. Das mögen nette Frauenleute gewesen sein!

Eine Viehherde verbrannt. Durch Kurzschluß brach im Kubistal des Gutes Schmedshagen bei Straßburg Feuer aus, das schnell um sich griff. Alle Feuerwehren der Um-

„Wem nie durch Liebe Leid geschah...“

Roman von Erich Grielen.

38) (Nachdruck verboten.)

Dann wieder fiel ihr die Lebensgefährtin, ihre Mitgeschuldige ein — die arme Ella Mensing, die nun die ganze, sicher harte Strafe, allein tragen mußte. Oder würde man Mittel mit ihrer körperlichen Schwäche haben? Würde man sie ruhig sterben lassen in der ihr gewohnten Umgebung der Gefängnismauern?

So vertiefte war Felicie in all diese Gedanken und Zweifel und Befürchtungen, daß sie geradezu auf ein die Straße dahergehendes Auto zulief.

Eine feste Hand riß sie noch im letzten Augenblick hinweg; aber sie war bereits in die Rinne gesunken und hatte sich den Fuß leicht verletzt.

Ihr Gebaren, ihr Aussehen, ihre erschütterliche Angst waren so auffällig, daß der Schutzmann sie nach ihrem Namen fragte.

Erneute Angst. Was sagen? War sie nun eigentlich „Ella Mensing“? Oder „Felicie Holm“?

Ihre erschütterliche Berlegenheit machte den Schutzmann stutzig.

„Haben Sie einen Ausweis bei sich?“ fuhr er sie scharf an.

Sie nickte und zog ihren Entlassungsschein aus dem Gefängnis hervor.

Der Schutzmann warf einen Blick darauf — und dann auf das bleiche, mit gesenktem Kopf dastehende Mädchen und ihr Bündel. Und er begriff.

„Na, da gehen Sie mal weiter!“ meinte er besänftigt und gab ihr das Papier zurück. „Nur nicht gleich bezweifeln, Kleine! Geben Sie nur acht, daß Sie nicht wieder hineinkommen!“

Ein kleiner Menschenauflauf hatte sich um die beiden gebildet. Man horchte, tuschelte, vermutete. Der Schutzmann trieb die Leute auseinander. Aber Felicie fühlte, als sie langsam, mit schmerzdem Fuß weiterging, wie eine Masse Augen ihr folgten — darunter wenige in Mitleiden oder Teilnahme, fast alle voll Spott, Hohn oder Verachtung.

Und ihr Herz krampfte sich zusammen.

Was war sie fortan? Was konnte sie noch ihrem Kinde sein? Was ihrem Manne? Was überhaupt wieder menschlicher Gesellschaft? Sie, die Strafgefangene, die aus dem Gefängnis geflohen war?

Wohin? Wohin?

Sie kannte ihres Mannes gegenwärtige Adresse nicht. Das letztemal hatte er vom Theater aus geschrieben. Und ihre Mutter hatte aus alter Gewohnheit über ihrem Brief überhaupt keine Adresse vermerkt. Vielleicht war Winfried bereits wieder unterwegs auf Gastspielen? Und wo war ihr Kind? Bei ihm? Oder bei der Großmutter? Oder bei — Elarib Arnoldsen?

ein heftiger Schmerz in der Brust zog sie hin, bleiben. Sie schloß, sie mußte irgendwohin, wo sie ausruhen konnte. Aber wohin? Wohin?

Halt! Ins Theater! Dort wird man ihr Auskunft geben. Sie dachte in dem Moment gar nicht daran, da man sie dort erkennen und sich wundern könnte. Da Theater erschien ihr in ihrer Verlassenheit wie ein guter Freund.

Nach bestieg sie die Elektrische und fuhr nach Metropoli-Theater.

Es war erst halb zehn Uhr. Die Probe hatte noch nicht begonnen. Sie schlich durch die ihr von früh bekannte, für die Schauspieler bestimmte Seitentür in der Bühne.

Das Theater war dunkel und ausgeleert. In ein paar Arbeiter nagelten an einer widerspenstigen Kulisse herum.

Felicie fragte den einen, wo Herr Winfried wohne. Der Mann nahm sich gar nicht die Mühe zu blicken. Daß eine Dame sich nach der „ersten Liebhabers“ erkundigte, war nichts Außergewöhnliches.

„Lindenallee 18,“ brummte er und klopfte kräftig auf den Nagel.

„Und Fräulein Sigrid Arnoldsen?“

„Ach.“

„Danke!“

Felicie's Stimme klang ganz ruhig. Und doch klopfte ihr Herz zum Zerplatzen. Die Mutter hatte ihr also die Wahrheit geschrieben. Dann war auch alles andere wahr — allmächtiger Gott!

Ihre wiedergewonnene Freiheit erschien ihr nach dieser grausamen Gewissheit wie ein Geschenk des Teufels. Fast sehnte sie sich wieder zurück hinter die düsternen Gefängnismauern — nach ihrer kleinen Zelle — zu der armen, kranken Ella, die gewiß auch nach ihr Sehnsucht empfand —

Den einzigen Lichtpunkt in diesem Dunkel bildete der Gedanke an ihr Kind.

Ach, sehen wollte sie wenigstens ihr Kind! Sein herzliches Lachen hören! Sein weiches Körperchen fühlen! Was dann kommen würde, wußte sie noch nicht. Aber ihr graute vor der Zukunft.

Die Donnhur schlug zehnmal. Felicie horchte auf. Jetzt mußte die Probe beginnen. Sie trat also wieder Winfried nach Sigrid zuhause an. Nur ihr Kind! Und — vielleicht die Mutter!

Also hin nach der Lindenallee Nr. 18! Es war ein ruhiges Haus, kein moderner Mietpalast, sondern ein villenartiges, zweistöckiges Haus vom alten Schlag, mit einem kleinen Vorgarten und verdeckten Balkons.

Unschlüssig drückte Felicie sich an der anderen Seite der Straße herum; ihre Augen suchten die Fensterreihen ab, ob vielleicht irgendwo ein blondes Kinderköpfchen austauschen würde. —

Da öffnete sich drüben die Haustür. Eine alte, ganz weißhaarige Frau trat heraus, eine schwarze Einkaufstasche am Arm.

Felicie's Herz klopfte zum Zerplatzen — sie erkannte ihre Mutter.

Ein Augenblick war es Felicie, als müßte sie hinzürzen zur Mutter, als müßte sie die Arme um ihren Hals schlingen u. den milden Kopf an ihre Brust legen.

„Ach, nein! Zuerst zu ihrem Kinde! Unbeeinträchtigt wollte sie ihr Kind sehen!“

So ließ sie die alte Frau, die weder nach links noch rechts blickte, ruhig ihres Weges gehen. Erst als Frau Biesede um die nächste Ecke gebogen war, trat Felicie ins Haus ein.

Ein sauberes Dienstmädchen in buntgeblümtem Rock, ein weißes, gestärktes Häubchen auf dem glattscheitelten, hellblonden Haar, setzte die Treppe.

„Wohnt hier Herr Winfried Holm?“ fragte Felicie die Schlichterin.

„Ja, Fräulein. Eine Treppe links.“

„Ist er zuhause?“

„Nein, Fräulein. Herr Holm hat zu dieser Zeit fast immer Probe.“

„Und Fräulein Arnoldsen? Wohnt sie — wohnt sie — auch eine Treppe?“

Felicie fühlte ihr Herz erstarren bei der Frage.

„Ja,“ erwiderte das Mädchen harmlos. „Eine Treppe rechts.“

„Ist Fräulein Arnoldsen auch in der Probe?“

„Ja, Fräulein. Und Frau Biesede ist auch eben weggegangen, einholen. Sie ist die Großmutter von unserem Kind!“

Bei dem Worte „Kind“ fühlte die arme Mutter einen Stich im Herzen.

Dort, nur eine dünne Wand von ihr getrennt, atmete ein Kind, ihr Augapfel — und sie, die Mutter, stand in eine Bettlerin draußen vor der Tür — eine Unglückliche, Verzweifelte! Eine entsprungene Strafgefangene!

Und wieder stand ihr mit grausamer Deutlichkeit vor Augen, was sie war —

Entehrt — vogelfrei — ausgestoßen aus der ehrbaren menschlichen Gesellschaft.

Und sie warf ihr Bündel auf die Treppe und schlug aufschreiend die Hände vors Gesicht.

Dem Mädchen kam die Fremde unheimlich vor. Es starrte sich an ihr vorbei und wollte die Treppe hinauf. Da fühlte sie sich am Nerven festgehalten.

„Nur noch eine Frage, bitte! Wie geht es dem Kinde?“

„Gut. Es ist ein lieber, kleiner Kerl!“

Das Herz der Mutter frohlockte. Das Mädchen hatte lächelt, als es von dem Kinde sprach. Also eine warm-lächelnde Seele, die das Kind gern hatte! Vielleicht — vielleicht —

Felicie wagte vorerst gar nicht weiterzudenken.

bestellten sich an den Kohlenhandlungen. Herrmann
Häbe und 53 Häber.

Schloßburgbruch. In dem bei Dulsburg gelegenen
eider Hüttenwerk erfolgte ein Hochdruckbruch, der
sieben Explosionen beilegte war. Die Arbeiter konnten
noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Alles verjagt. Der vor einiger Zeit nach Unter-
schlagung von 420 000 Mark (bei den Deutschen Werken
U. G. in Erfurt) rächtig gewordene 22jährige Otto Beklan-
dig aus Langensalza wurde in einem Hotel in Frankfurt
a. M. festgenommen. Die unterschlagenen Gelder baute
Beständig reißlos durchgebracht.

Einsteins Vortragsreisen. Nach einer Meldung aus
Melbourne haben die Universitäten von Melbourne, Syd-
ney und Adelaide beschlossen, den Professor Einstein bei
Gelegenheit seiner Reise nach Japan einzuladen, nach
Australien zu kommen, um in verschiedenen australischen
Städten Vorträge zu halten.

Todessturz aus dem achtzehnten Stockwerk. In New-
York hat sich ein schrecklicher Unglücksfall ereignet. Die
Wutter des in England und Amerika sehr bekannten
Pianisten Percy Grainger stürzte aus dem 18. Stockwerk
des Gebäudes der Keolian Hall, während sie bei Freunden
zu Besuch war. Die Unglückliche blieb zerquetscht auf
der Straße liegen.

Vom Blitz erschlagen. In Weiditz wurden, einer
Meldung aus Bauenburg zufolge, vier junge Mädchen auf
freiem Felde von einem Gewitter überfallen. Ein Blitz-
schlag in die Mädchenengruppe. Zwei dreizehnjährige Mädchen
waren sofort tot, die beiden anderen, die ohnmächtig zu-
sammenbrachen, kamen wieder zu sich und schienen ernstern
Schaden nicht erlitten zu haben.

Uns Stadt und Land.

Wilsdruff, am 5. Mai.

Wilsdruff, am 5. Mai.

Verführungsgefahr. Der Mai ist gekommen, und bald werden wir wieder von Waldbränden lesen, bald werden wir sehen, wie tausend und aber tausend abgerissener Älterlinge in die Städte geschleppt werden, bald werden wir auf verwelkten, weggerissenen Blumen ausgehen. Viele Menschen feiern das Fest des Weibens in der Natur durch sinnloses Kassenmorden ihrer lieblichsten Kinder. Das ist unser Dank für alle Schönheit, die sich uns umsonst darbietet, das ist die Form, in der das vollkommenste Geschöpf sich selbst und seinen Schöpfer ehrt. Zerbrochene, stehende Bäume und Sträucher, zerfetzte Nester, zertrümmerte Wiesen und Felder, gequälte Tiere sind die sichtbaren Merkmale menschlicher Naturliebe. Das drückt durch den Wald und vernichtet, was es erreichen kann, merkt nicht von der zitternden kleinen Welt, die um ihr Leben bangt und sich doch nur des Sonnengoldes und der Blumen freuen möchte, denn beide sind ihre Lebensquelle. Es fährt dem mangelhaften Geistes in Wald und Feld schwer genug, sich über der Feinde zu erwehren, die ihm, gewissermaßen mit leicht nachstehen, weil es ihnen Nahrung ist. Aber nicht Karer und Herzmeln werden so sinn- und zwecklos wie der Mensch. Wie? Man vernichtet nur schädliche Tiere und Pflanzen? Das ist in der Natur noch schädlich, außer dem Menschen vielleicht die Kröte, vielleicht die Ringeltaube, die Fledermaus, der Mauerfleder, der Regenwurm und andere der heiligsten Opfer! Die wirklichen Schädlinge sind nur dem ersten Naturkundigen bemerkbar, und der wird sich hüten, Mäher zu sein, ohne triftigen Grund, denn er weiß, daß es nicht überflüssiges in der Natur gibt und auch nichts absolut Schädliches. Bienen, tausend Bienen, Hummeln und Wespen werden leichtfertig getötet, und wir würden keine Früchte ernten ohne sie! Bienenblüten werden mit Stöcken abgeschlagen und sind doch Träger neuen Lebens. Der Schwamm am Baum, der Wurm und der Käfer, das Gras und die Mäule, alle haben ihre volle Aufgabe im Haushalt der Natur, die nichts schafft ohne Zweck, jedenfalls nichts, das wir spielerisch vernichten dürfen, wenn wir bei ihr zu Gast sind.

Gewitter werden für die nächste Zeit angekündigt. Hoffentlich erfüllen sich auch die Hoffnungen, daß ein Gewitterjahr fruchtbar ist, denn bisher lauten die Saatenstandsberichte nicht günstig, was nach dem strengen Winter nicht zu verwundern ist. So war es zuletzt aber auch 1917, und der Saatenstand besserte sich nachher doch sehr schnell. Notwendig ist es jetzt, die Blühblätter revidieren zu lassen und die Feuerversicherungen nach dem vorhandenen Wertstand einzurichten.

Kurzer Landtagsbericht. Nach Beendigung der Osterferien beriet der Landtag am Donnerstag den Vespertag über die neue Gemeindeordnung. Der Entwurf fand von keiner Seite unbedingte Zustimmung, aus den Reden der drei Regierungsparteien aber hörte man Befriedigung heraus. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Eberle ging sehr scharf mit Lipinski und seinem Werk ins Gericht. Abgeordneter Blüher (Np.) jagte sein Urteil über die Lage dahin zusammen, daß sie teils realistisch, teils sozialistisch und teils unrichtig sei, während der Abgeordnete Dr. Vehne (Dem.) die Vorlage als eine brauchbare Grundlage für eine Gemeindeform gelten lassen wollte. Mit 48 sozialistischen gegen 46 bürgerliche Stimmen wurde die Vorlage an einen Sonderausschuß verwiesen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde in dritter Lesung die Vorlage über die Einbeziehung selbständiger Ortsbezirke unter Ablehnung der bürgerlichen Verbesserungsvorschläge angenommen.

Wohnungs-, Bau- und Siedlungsfragen standen auf der Tagesordnung der öffentlichen Einwohnerversammlung, die von der Gemeinnützigen Bauvereinsgesellschaft für gestern abend 8 Uhr nach dem „Adler“ einberufen und aus allen Kreisen zahlreich besucht war. Herr Bürgermeister Dr. Kronfeld leitete in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses der Bauvereinsgesellschaft die Versammlung und gab nach begrüßenden und erklärenden Worten Herrn Stadtd. Schumann das Wort zu seinem Referat, das zusammengefaßt ein Niederschlag der Vorträge war, die anlässlich der Siedlungswoche in Dresden gehalten wurden. Von dem Ruf riefte vor mehr als 100 Jahren ausgehend, hielt der Redner eine Entpolitisierung als Hauptforderung, denn nur Einigkeit führe zum Ziele und zum Siege. Er skizzierte ausführlich die Wohnungsnot Deutschlands in der Vergangenheit im Vergleich zum Ausland, gegen das unser Land schlecht abschneide. Der Weg müsse nunmehr weg von den Großstädten hin nach der Siedlung gehen. Deshalb müsse gefordert werden, daß die Verordnungen in Artikel 153 und 155 der Reichsverfassung endlich erfüllt würden, daß die alten Wohnmieten (im Frieden ca. ein Sechstel des Verdienstes eines mittleren Beamten, jetzt ca. ein Zwanzigstel) stärker belastet würden, einmal, um Gelder für neue Wohnungen zu beschaffen, dann aber im Interesse eines gerechten Ausgleichs. Der Redner kam weiter auf die Bauweise, die Bestrebungen der Bodenreformer, die Bau- bzw. Baustoffpreise, die einschlägigen Gesetze und schließlich auf die hiesige Gemeinnützige Bauvereinsgesellschaft zu sprechen, verschiedene Unklarheiten behandelnd, die völlige Ausschaltung politischer Momente betonend und eine regere finanzielle Unterstützung der Industrie, der Krankenkassen und aller Interessenten erwartend. — Für die interessantesten und sehr sachlichen Aus-

führungen brachte der Herr Bürgermeister den Dank der Bauvereinsgesellschaft und der Versammelten zum Ausdruck. In der Aussprache ergrieffen die Herren Lehmann für das Eigenheim und Gerstenberger für finanzielle Beteiligung an der Bauvereinsgesellschaft das Wort. Schließlich kam folgende Entschließung zur einstimmigen Annahme: „Die heute in Wilsdruff tagende, aus allen Kreisen der Bevölkerung gut besuchte Einwohnerversammlung hat von den unzulänglichen Maßnahmen, die von Reichswegen zur Behebung der Wohnungsnot ergriffen worden sind, Kenntnis genommen. Die Versammlung bedauert lebhaft, daß mit den realen Verhältnissen so wenig gerechnet wird, wie aus dem Abänderungsgesetz über die Erhebung einer Wohnungsbauabgabe ersichtlich. Keinesfalls kann mit einer nur 50prozentigen Abgabe auf Verringerung der Wohnungsnot und des Wohnungselendes in absehbarer Zeit gerechnet werden. Die Versammlung erwartet von der sächsischen Regierung und vom Landtage, daß sie ihrerseits alles aufbietet, um nach Möglichkeit baldigst zu gefördernden Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt zu gelangen. Sie ist bereit, die hierzu erforderlichen und auf sie entfallenden Mittel aufzubringen.“

— Die Ortsgruppe Wilsdruff des Arbeiter-Radsportbundes „Solidarität“ veranstaltet nächsten Sonntag im Gasthofe Klipphausen eines seiner beliebtesten Saalpartys mit Preislauf- und Reigenfahrten und Radballspiel. (Bgl. Dst.)

— Der neue katholische Pfarrer von Deuben, Herr Prälat Fehler, hält kommenden Sonntag, vorm. 9 Uhr, zum ersten Male Gottesdienst in der hiesigen Schloßkapelle und empfängt nach demselben die Gemeindeglieder zu einer kurzen Besprechung.

— Die Maul- und Klauenseuche im Freistaat Sachsen ist am 30. April in 87 Gemeinden und 108 Gehöften amtlich festgestellt worden gegen 68 Gemeinden und 83 Gehöfte am 31. März 1922.

— Der Schiedsspruch im Buchdruckgewerbe. Nachdem die Lohnverhandlungen im Tarifauschuß der Buchdrucker ergebnislos verlaufen waren, ist im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt worden, der den Buchdruckergehältern und dem Hilfspersonal eine weitere Lohnerhöhung vom 1. Mai ab in dem gleichen Ausmaß, wie sie für den Monat April vereinbart war, zugesprochen hat. Der Schiedsspruch ist von beiden Parteien angenommen worden. Durch diese erneute Lohn-erhöhung erfahren die gegenwärtigen Druckpreise eine Erhöhung um 30 Prozent.

— Eine Stiftung fürs sächsische Tischlerhandwerk. Aus der staatlichen Bewirtschaftung des tierischen Leims war ein Leim-Ausgleichsfonds (so herrlicher Name!) zurückgeblieben. Dies Geld ist jetzt auf die verschiedenen Berufsvereinigungen verteilt worden. Der Verband sächsischer Tischlermeister hat beschloffen, mit seinem Anteil eine Stiftung von 100 000 M. zu errichten, deren Zinsen zur geistigen Durchdringung der Technik und Wirtschaft des Berufslebens, besonders zur Feststellung rationaler Arbeitsmethoden und zu deren Verbreitung dienen sollen.

— Maßnahmen gegen die Teuerung. Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird uns geschrieben: Die über unser Volk immer bedrohlicher hereinbrechenden Teuerungswellen, denen mit Lohn- und Gehaltssteigerungen auf die Dauer nicht zu begegnen ist, haben den Wirtschaftsminister Hellisch veranlaßt, in der letzten Sitzung des Gesamtministeriums über die so entfallende Sachlage eingehend zu berichten. In Hand der neuesten Zahlenunterlagen wurden die Verhältnisse kritisch behandelt und die Vorschläge zur Abhilfe dargelegt und besprochen. Das Gesamtministerium hat daraufhin das Wirtschaftsministerium beauftragt, über diese Dinge eine Denkschrift auszuarbeiten, die nach Genehmigung durch das Gesamtministerium an die Reichsregierung und den Reichsrat weitergeleitet werden soll, um dort die Anregungen und Forderungen der sächsischen Regierung zur Geltung zu bringen.

— Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Vermittlung von Arbeitskräften war nach dem Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung in der letzten Woche äußerst reg. Die Beschaffung von Facharbeitern ist infolge des augenblicklichen Tiefstandes der Erwerbslosenziffer mit großen Schwierigkeiten verbunden. Einzelne Berufsweige arbeiten zum großen Teil, namentlich infolge großer ausführender Aufträge, mit Überstunden. Kohlen- und Rohstoffmangel sind noch nicht allort abgehoben. Die Verteuerung der Lebenshaltung veranlaßt auch weiterhin viele Ehefrauen zur Vornahme als Arbeitstunde. Die Landwirtschaft weist nach wie vor unbedeutend äußersten Mangel an männlichen und weiblichen Arbeitskräften auf.

— Eine Erleichterung für die Verwendung von Butter, Schmalz usw. soll im Sommer versuchsweise im Postpaketverkehr zugelassen werden. Bisher war die Verwendung von Butter und Schmalz während der Sommermonate nur dann erlaubt, wenn die Sendungen in festen Kästen oder Holzläden verpackt waren. Nunmehr sollen zur Beförderung auch andere Butterpakete zugelassen werden, wenn folgende Gesichtspunkte beachtet werden: Die zur Verwendung kommenden Verpackungsmittel müssen aus besser Lederpappe bestehen und nicht fugenlos sein. Weiter wird vorgeschrieben, Auslegen des Kartons mit selbstklebendem Papier und besondere ebenfalls selbstklebende Verpackung jedes einzelnen Stückes des Fettes.

— Die unentbehrliche Zeitung. Die L. N. N. schreiben: Sämtliche Leipziger Zeitungen (und mit ihnen fast ohne Ausnahme die gesamte deutschsprachige Presse), sehen sich von neuem genötigt, mit einer Preiserhöhung an ihre Bezahler heranzutreten. Das geschieht — um es noch einmal zu sagen, — aus dem Zwange der Verhältnisse heraus, die das wirtschaftliche Leben im allgemeinen, im besonderen das der deutschen Zeitungen auf das Gefährlichste bedrohen. Es hat fast den Anschein, als ob sich auf dem Weg der Preissteigerung, die öffentliche Meinung mürdet zu machen, indem man den Zeitungsbetrieb wirtschaftlich das Rückgrat bricht, so schrecklich dieser Tag erst ein kleineres mitteldeutsches Blatt, das zu einer Einschränkung seiner Erscheinungsweise gezwungen war. In der Tat wäre die öffentliche Meinung mürdet gemacht, wenn der „Zeitungstod“ weiter um sich griffe, wenn noch mehr Blätter zum Erliegen gebracht würden. Jeder unserer Leser weiß, daß bei einer Steigerung der Preis, der Zeitung, die doch auch zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gehört, nicht allein zurücktreten kann. Daß gerade bei den Preissteigerungen für die Rohmaterialien einer Tageszeitung die Steigerung besonders stark geworden ist, können unsere Leser übrigens am eigenen Leibe spüren, wenn sie Papier, Druckfarben und ähnliches für den Hausbedarf irgendwo kaufen. Und wer rechnen kann, wird feststellen müssen, daß die Zeitungen nur zögernd und wirklich nur aus Not der Verhältnisse heraus, den Weg eines Ausgleichs zu den gesteigerten Selbstkosten und den Verhältnissen zu den weniger erhöhten Bezugspreisen einschlagen haben. Darüber ist kein Zweifel: im Grunde ist dieser täglich Freund des Hauses, ohne den keine Familie sein kann, noch billiger.

— Keine Fahrpreiserhöhung für Angestellte während der Ferienzeit. Auf ein Verlangen des Zentralverbandes der Angestellten

an die Eisenbahndirektion, während der Ferienzeit den Ange-
stellten ermäßigte Fahrpreise zu gewähren, ist folgender Bescheid
eingegangen: „Die deutschen Eisenbahntarife sehen für Ferien-
reisen keine besondere Ermäßigung vor. Eine Verbilligung des
Fahrgebühres wäre nur durch Benützung der Ferienoberzüge
möglich, die in der Zeit vom Juni bis August fahren werden.“

— Wie vorgesorgt wird. Kommt da eine Frau vom
Land in einen Schuhmacherladen der in Dresden und will
ein Paar Schuhe für ein 14jähriges Mädchen kaufen.
Der Schuhmacher rät der Käuferin, doch lieber nach
Anprobe zu kaufen und das nächste Mal das Mädchen
selbst mitzubringen. Da lacht die Frau verlegen auf und
erklärt: Meine Tochter ist erst drei Jahre alt. Ich will
ihre ein Paar Konfirmationsschuhe kaufen. Das nennt man
fürsorglich sein, ebenso wie in einer anderen Familie bereits
jetzt vier Nähmaschinen angekauft sein sollen für die spätere
Ausstattung der kleinen Schulmädels.

— Das sind Preise! Die Vereinigung der Glasmeister
von Groß-Berlin teil ihre neuesten Preise mit: Ein Quadrat-
meter Fensterglas, wird von jetzt an berechnet mit 450 M. —
im Frieden mit 14 M. Die Lohnstunde wird mit 42 M. berechnet
— im Frieden 1 M.

— Freitag, Dienstag abend vollzog Kreisauptmann
Dr. Krug v. Ribba und v. Hallenstein die Amtseinführung
des Bürgermeisters Dr. Wedderkopf im
prächtigen Saale des Pöhlener Rathhauses unter Teilnahme der
städtischen Kollegien und von geladenen Vertretern der Beamten,
Angestellten und Arbeiter der Stadt und der verschiedenen
Körperschaften, so der Kreis- und der Amtshauptmannschaft, der
Justizbehörde, der Geistlichkeit, der Schulen usw.

— Meissen. Eine Protestkundgebung der steuer-
zahlenden Geschäftswelt und des Handwerks wurde hier ver-
anstaltet gegen das Finanzamt. Es wurde in scharfer Weise da-
gegen Stellung genommen, daß in übermäßiger Weise von den
in den Deklarationen gemachten Angaben der Steuerzahler ab-
gewichen wurde und Uebererschätzungen in 2-, 3-, 4- und 5facher
Weise stattgefunden haben. Bei der derzeitigen Zusammensetzung
der Steuerzuschüsse müsse man zu der Ueberzeugung kommen,
daß ein System darin liege, die selbständigen Existenzen dem
Ruin entgegenzuführen. Gleichzeitig würden die selbständigen
Existenzen zum Lügner gestempelt. Im Falle der Erfolglosigkeit
wurde Steuerverweigerung in Aussicht gestellt. Die Versammlung
wies höchsten Besuchs auf. Eine gefällige Ent-
schickung gab der Erregung über die Maßnahmen der Steuer-
behörden Ausdruck.

— Marbach. Bei dem Dienstag nachmittag in der 3. Stunde
aufgetretenen kurzen schweren Gewitter traf ein Blitzstrahl den
21jährigen Wirtschaftsgehilfen H. Reinert mittam den zwei
prächtigen Pferden auf dem Felde. Der junge Mann war sofort
tot, während die Pferde betäubt wurden, doch mußten sie in-
folge ihrer schweren Verletzungen getötet werden. Der so rasch
ums Leben gelommene junge Mann war bei dem Gutsbesitzer
Otto Voigtländer in Mittelmarbach in Diensten. Sein tragischer
Tod ist um so schmerzlicher, da die Mutter des Unglücklichen
Witwe ist und ihr bereits die Tochter im jungfräulichen Alter
durch den Tod entzogen wurde.

— Zittau. Der Brand in der Zittauer Sozietäts-
brauerei ist durch zwei Schulknaben verursacht
worden. Der eine hatte seinem in der Brauerei beschäftigten
Vater Essen getragen, und beide hatten sich während der Mit-
tagspause in dem betreffenden Schuppen aufgehalten und —
Zigaretten geraucht, wobei das in dem Schuppen untergebrachte
Preßstroh auf irgendwelche Weise Feuer fing. Die Knaben
suchten zwar den entstehenden Brand zu erlöchen, als sie aber
sahen, daß ihnen dies nicht möglich sei, liefen sie vor Schreden
davon, so daß sich der Brand weiterverbreiten konnte, ehe er von
anderer Seite bemerkt wurde.

— Chemnitz. Die Rotter Presse. Das am 17. Jah-
gang hier erscheinende Chemnitzer Stadtblatt und Vorort-An-
zeiger, das seit Bestehen in der Pöhlener Buchdruckerei herge-
stellt wurde, hat mit Ende April das Erscheinen eingestellt, und
zwar nur, wie der Verlag bekanntgibt, infolge der ungeheuren
Steigerung der Druckpapierpreise und sonstigen Ausgaben, die
nicht im Verhältnis zu den geringen Einnahmen stehen.

— Penig. Auf eine eigenartige Weise wurde die
Ehefrau des Schneidemeisters Zwider in Taucha durch einen
Blitzstrahl getötet. Während des am Dienstag nach-
mittag aufgetretenen Gewitters fuhr in die Esse des Zwider'schen
Hauses ein Blitz, welcher durch die Esse ging und seinen Ausweg
nahm durch den im Parterre des Hauses stehenden Ofen, vor
welchem die Ehefrau des Genannten saß zwecks Anfeuerung des
Ofens. Frau Zwider wurde durch den Blitz sofort getötet.

— Glauchau. Durch einen im Elektrizitätswerk
ausgebrochenen Brand wurde ein Sachschaden von etwa
400 000 M. an den Maschinen verursacht.

— Auerbach. Hier hat ein toller Hund 9 Personen gebissen.
Der Hund war bereits seit Sonnabend anscheinend an Tollwut
erkrankt und deshalb auf tierärztliche Anordnung (!) an die
Kette gelegt worden. Der Hund, eine männliche Tigerdogge, hat
sich, nachdem er eine Holzwand der Scheune, in welcher die
Hundehütte eingebaut ist, losgerissen, von der Kette befreit.

— Hartenstein. Bei der Stadtvorordnetenwahl
wurden 8 Bürgerliche und 4 Sozialisten gewählt. Die Wahlen
fanden infolge der Ungültigkeitserklärung der Wahlen vom 8. Ja-
nuar statt. Damals wurden 7 Bürgerliche und 5 Sozialisten
gewählt.

— Zwickau. Die Landarbeiter sind in den Bezirken
Zwickau, Weidau und Krimmlitz in einen Lohnstreik ge-
treten. Sie fordern 50 v. H. Zuschlag.

Kirchennachrichten — Jubilate.

Wilsdruff.

Vorm. 8.30 Uhr Predigtgottesdienst (zugleich Eröffnungs-
gottesdienst für den Konfirmandenunterricht). Kirchenmusik:
„Der Herr ist mein Hirte“, Psalm 23, für gemischten Chor von
B. Klein. — Vorm. 10 Uhr Christenlehre für die weibl. Jugend.
(Verpflichtet zum Besuche sind die Ostern 1920, 21, 22 Kon-
firmanden. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Abends
7.30 Uhr Jungmännerverein (Tonhalle).

Montag, 8. Mai, abds. 7.30 Uhr, Bibelstunde (Pfarrhaus).

Grumbach.

Vorm. 8.30 Uhr Predigtgottesdienst in Wilsdruff (Pf.
Wolke).
Dienstag, abends 8 Uhr, Bibel- u. Missionsstunde in der
Pfarr.

Mittwoch, abends 8 Uhr, Frauenverein im Gasthof.
Sonntag, 7 Uhr, Abendsstunde des Posaunenchores.

Reßdorf.

Vorm. 8 Uhr Beichte (Pf. Heber). — Vorm. 8.30 Uhr Predigt
(Pf. Zacharias). — Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst (Pf.
Heber). — Nachm. 1 Uhr Jungfrauenverein. — Nachm. 2 Uhr
Tausen.

Sora.

Vorm. 7.30 Uhr Beichte. — Vorm. 8 Uhr Hauptgottes-
dienst. — Vorm. 9.15 Uhr Kindergottesdienst (St. 1).

